magazine
eine publikation des apabiz e.V.
№8
April 2021

Rechte Geschichtspolitik

76 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz bleibt das Gedenken an die Verbrechen des Nationalsozialismus ein umkämpftes Feld. Seit jeher haben extrem rechte Gruppierungen versucht, historische Debatten zu beeinflussen. Aktuell ist die AfD sowohl auf Länder- als auch auf Bundesebene in den Kulturausschüssen der Parlamente vertreten und kann den Druck auf gedenkpolitische Initiativen erhöhen. Welche Rolle spielt Geschichtspolitik in rechten Periodika und welche Narrative bedienen sie?

Das Versprechen zu alten kulturellen und politischen Gewissheiten zurückzukehren, hat ein hohes Mobilisierungspotential für die extreme Rechte. Weltweit machen rechte Parteien mit rückwärtsgewandten Parolen wie »Make America great again« (Donald Trump 2016) und dem spanischen Äquivalent »¡Hacer España grande otra vez!« (VOX 2019) Wahlkampf. Um eine vermeintlich goldene Ära heraufbeschwören zu können, müssen sie alle negativen Aspekte der Vergangenheit zu Gunsten identitätsstiftender Mythen ausblenden, relativieren oder leugnen. Gerade in Deutschland stellt sich aufgrund der sich aus dem Holocaust ergebenden besonderen historischen Verantwortung die Frage nach dem Verhältnis extrem rechter Geschichtsmythen zum historischen Nationalsozialismus (NS).

Zwar erschöpft sich die Geschichtspolitik der extremen Rechten nicht in ihrem Verhältnis zum NS. Dennoch soll es in der vorliegenden achten Ausgabe von *magazine* vorrangig – wenn auch nicht ausschließlich – um eben dieses Verhältnis gehen. Denn: Extrem rechte Autor*innen kommen beim Thema Geschichte nicht umhin, sich in irgendeiner Form zur NS-Zeit zu positionieren; sei es durch Glorifizierung, Revisionismus oder Relativierung. Auch die ausschließliche Bezugnahme auf dem NS vorausgehende und nachfolgende Epochen durch extrem rechte Akteur*innen kann als Relativierung durch Auslassung charakterisiert werden.

Auf den nachfolgenden Seiten widmen wir uns der Frage, welche Strategien extrem rechte Autor*innen einsetzen, um erinnerungspolitische Diskurse in Deutschland zu beeinflussen. Dafür haben wir Unterschiede und Parallelen innerhalb der einzelnen Periodika[1] sowie spektrenübergreifende Tendenzen herausgearbeitet. Zunächst werfen wir ein kurzes Schlaglicht auf den zeithistorischen Kontext. Anschließend thematisieren wir deutsche Opfermythen, die strategische Neugewichtung von Revisionismus und Relativierung im Umgang mit NS-Verbrechen sowie Heldenverehrung und das mitunter ambivalente Verhältnis der einzelnen Publikationen zum Thema konservativer Widerstand.

Zeithistorischer Kontext

Um den Stellenwert geschichtspolitischer Positionierungen in extrem rechten Publikationen zu verstehen, ist es wichtig, die Entwicklungen nachzuvollziehen, aus denen heraus sie entstanden sind: Nach 1945 waren es zunächst Alt-Nazis, die um ihr politisches Vermächtnis fürchteten und aktiv daran arbeiteten, ihr eigenes Handeln im Nationalsozialismus zu relativieren oder explizit zu rechtfertigen. Schon bald sollte ihnen eine Generation (Neo-)Nazis folgen, die den Krieg selbst nur im Kleinkindalter oder gar nicht erlebt hatten, diesen jedoch als heroischen Kampf verklärten und extrem rechte Helden- und Opfermythen fortschrieben. Parallel dazu entstand in Reaktion auf die Entnazifizierung die ›Schuldkult‹-Rhetorik, die sowohl von neonazistischen als auch nationalkonservativen Akteur*innen bemüht wurde. Noch heute gehört sie zum Standardvokabular rechter Periodika und so mancher AfD-Rede.

Während die Beschwörung eines ›Schuldkults‹ uns also bis in die Gegenwart begleitet, haben sich extrem rechte Geschichtserzählungen und das gesamtgesellschaftlich dominante Geschichtsverständnis über die Jahrzehnte immer weiter voneinander entfernt, so der Politikwissenschaftler Gideon Botsch.[2] Gab es in den 1950ern noch deutliche Überschneidungen mit dem bürgerlichen Verdrängungs- und Rechtfertigungsbedürfnis, sah sich die extreme Rechte in den 1960ern angesichts staatlicher Maßnahmen – wie dem neu geschaffenen Straftatbestand der Volksverhetzung und der voranschreitenden strafrechtlichen Verfolgung von NS-Verbrechen in ihrem Geschichtsverständnis zunehmend isoliert. Spätestens seit den 1990er Jahren kann dies als »historisch fiktionale Gegenerzählung« verstanden werden, so Botsch. Daraus kann aber nicht gefolgert werden, dass die Geschichtserzählungen der extremen Rechten in den 1950er und 60ern stärker an historischen Fakten orientiert waren. Viel eher entwickelte sich die gesamtgesellschaftliche Perspektive in Richtung einer kritischen Auseinandersetzung mit der Verantwortung für die Verbrechen des Nationalsozialismus und entfernte sich damit immer weiter von den Interessen extrem rechter Geschichtspolitik.

> „Die Geschichte soll umgeschrieben, das kollektive Gedächtnis neu ausgerichtet werden."

Das allmähliche Auseinanderdriften lässt sich am Beispiel der Wehrmacht nachvollziehen: Historiker*innen, Museen und Geschichtslehrbücher stimmen heute überein, dass auch einfache Soldaten das NS-Regime freiwillig unterstützten und an Kriegsverbrechen beteiligt waren. Diese Erkenntnis wurde unter anderem von den Wanderausstellungen »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944« (1995-1999) und deren Überarbeitung »Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941 bis 1944« (2001-2004) angestoßen. Diese Darstellungen liefen dem extrem rechten Geschichtsnarrativ derart zuwider, dass Neonazis Demonstrationen gegen die Ausstellungen organisierten, bei denen sie die angeblich ›saubere Wehrmacht‹ verherrlichten. Mit Slogans wie »Opa war in Ordnung« gelang es ihnen, Bündnisse mit dem parallel dazu agitierenden national-konservativen Spektrum zu schließen. Solche Allianzen zeigen, wie wirkmächtig der Mythos einer sauberen Wehrmacht auch außerhalb der extremen Rechten geblieben ist. Bis heute ziehen es nicht wenige Deutsche vor, ihre Groß- und Urgroßväter als unpolitische Opfer eines allgemein mörderischen Krieges in Erinnerung zu behalten. Allerdings sind (national)-konservative Akteur*innen mittlerweile meist bemüht, sich nicht mit offensichtlichen Neonazis gemein zumachen. Dies gelingt aufgrund der ideologischen Überschneidungen oft nur mäßig.

Die Glorifizierung einzelner NS-Größen hat – zumindest im Neonazismus – Tradition. Alt- und Neonazis verklären etwa den verurteilten Kriegsverbrecher Rudolf Heß als »Friedensflieger«. Nach dessen Suizid 1987 entstand die Mär, er wäre nach über 40 Jahren Haft im Greisenalter vom britischen Geheimdienst ermordet worden. Die seitdem stattfindenden ›Heß-Märsche‹ waren über viele Jahre ein zentrales Event im extrem rechten Aktionskalender und bleiben bis heute ein wichtiges Ereignis für den neonazistischen Erfahrungsaustausch. Beispielsweise erläuterte der Neonazikader Thomas Wulff[3] beim ›Heß-Marsch‹ 2018 in Berlin wie er sich in den 1980er-Jahren vor dem Spandauer Kriegsverbrechergefängnis ankettete, um Freiheit für Heß zu fordern, »dem einsamsten Menschen auf dieser Welt«.

Seit Mitte der 1990er Jahre mobilisieren Neonazis nach Dresden um sich anlässlich des Jahrestages des Alliierten Bombardements der Stadt am 13. Februar 1945 als die eigentlichen Kriegsopfer zu inszenieren. Bis circa 2012 handelte es sich zeitweise um den größten Neonaziaufmarsch Europas mit bis zu 6500 Teilnehmenden. Dieses Mobilisierungspotenzial verdeutlicht die besondere Bedeutung geschichtspolitischer Themen für die extreme Rechte. Drei Jahre später forderte die nun im Dresdner Stadtrat vertretene AfD ein »würdiges Mahnmal« zur Erinnerung an die »sinnlose« Bombardierung der Stadt durch die Alliierten. Dass hier der Fokus von den nationalsozialistischen Verbrechen weggelenkt werden sollte, zeigte Björn Höckes Auftritt bei einer Veranstaltung der Jungen Alternative (JA) 2017, ebenfalls in Dresden. Dort forderte Höcke, der 2010 selbst an besagtem Aufmarsch teilgenommen hatte, eine »erinnerungspolitische Wende um 180 Grad« und »eine Erinnerungskultur, die uns vor allen Dingen und zuallererst mit den großartigen Leistungen der Altvorderen in Berührung bringt.«[4] Für seinen Parteifreund Alexander Gauland ist die Zeit des Nationalsozialismus – laut einer Rede beim Bundeskongress der JA 2018 – lediglich ein »Vogelschiss« in der ansonsten heroischen deutschen Geschichte. So müssten sich die Deutschen »diese zwölf Jahre jetzt nicht mehr vorhalten« lassen, sie hätten stattdessen »das Recht, stolz zu sein auf die Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen«.

Solche (nicht neuen) geschichtspolitischen Forderungen durch Mitglieder einer Partei, die sowohl auf Länder- als auf Bundesebene in den Kulturausschüssen der Parlamente sitzt, sind mehr als bloße Rhetorik. Die Geschichte soll umgeschrieben, das kollektive Gedächtnis neu ausgerichtet werden. Zwar hat die AfD keine zentrale Parteizeitung, die wechselseitige

Nicht nur Alexander Gauland wäre gern stolz auf »Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen«. Demonstration gegen die Wehrmachtsausstellung 1998. | Foto: Christian-Ditsch.de

Beeinflussung zwischen ihr und Teilen der analysierten Periodika wird jedoch auch beim Thema Geschichtspolitik wiederholt deutlich. Gedenkpraktiken berühren eine Reihe grundlegender politischer Werte, wie die Legitimität zivilen Ungehorsams und des Kampfs gegen Rassismus und Antisemitismus.[5]

Geschichte im Fokus der extremen Rechten

Alle hier untersuchten Periodika scheinen das Mobilisierungspotential geschichtspolitischer Themen erkannt zu haben. Die Titelseiten der **Jungen Freiheit** (JF) zieren regelmäßig historische Themen. Außerdem verfügt sie – wie auch **Zuerst!** – über eine eigene Geschichtsrubrik. **Compact** hat historische Themen seit 2017 weitestgehend in die Sonderreihe **Compact-Geschichte** ausgelagert, die aktuell zwölf Ausgaben umfasst. Die **Sezession** veröffentlicht neben geschichtsphilosophischer Tiraden fleißig Rezensionen zu historischen Büchern.

Die **Deutsche Militärzeitschrift** (DMZ) vermittelt durch die Fetischisierung unterschiedlichsten Kriegsgeräts auf ihre Weise ein extrem rechtes Geschichtsbild. Sie gehört ebenso wie Zuerst! zur Unternehmensgruppe Lesen & Schenken des Verlegers Dietmar Munier. Ihre zweimonatlich erscheinenden Ausgaben werden ebenso wie die Zuerst! an vielen Bahnhofskiosken vertrieben. Die DMZ-Rubrik »Landser erzählen« ist Berichten ehemaliger Wehrmachtsoldaten gewidmet. Das Blatt richtet sich an »die Erlebnisgeneration des Zweiten Weltkrieges, an die Soldaten und Reservisten der Bundeswehr und an alle zeitgeschichtlich interessierten Mitbürger«. Außerdem sollen »die ehemaligen Angehörigen der NVA« angesprochen werden. Zusätzlich existieren mit den Titeln **DMZ-Zeitgeschichte** (seit 2012) und **Schwerterträger** (seit 2017) Ableger, die sich schwerpunktmäßig der Militärgeschichte des Zweiten Weltkrieges widmen. Erstere versteht sich dabei explizit als »Fachzeitschrift über die Waffen-SS«. Bereits 2014 ging das eingestellte Magazin **Der Freiwillige** in der Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Angehörigen der ehemaligen Waffen-SS (HIAG) in der DMZ-Zeitgeschichte auf.

Auch die NPD und die Kameradschaften arbeiten sich regelmäßig an historischen Themen ab. Dabei verklären sie systematisch die Rolle deutscher Soldaten im Zweiten Weltkrieg und schreiben Erzählungen im Sinne einer Täter-Opfer-Umkehr. Beispielsweise bemüht die NPD-Parteizeitung **Deutsche Stimme** (DS) anlässlich der Jahrestage der Bombardements deutscher Städte durch die Alliierten den relativierenden Ausdruck »Bombenholocaust.« Die **N.S. Heute** beschäftigt sich ausgiebig mit deutschen Kriegsgefangenen in den sogenannten Rheinwiesenlagern der Westalliierten oder lässt den Hitler-Stellvertreter Heß hochleben. Außerdem solidarisiert sich das Blatt unverhohlen mit Holocaustleugner*innen.

Traditionslinien

Während neonazistische Organisationen, wie die NPD oder die Kameradschaften, hochrangige Alt-Nazis zum Teil bis heute offen glorifizieren, lehnt die Anfang der 1970er Jahre entstandene sogenannte Neue Rechte[6] dies aus verschiedenen Gründen ab. Sie bezieht sich vielmehr auf Positionen verschiedener zutiefst anti-egalitärer, autoritärer und nationalistischer Autoren[7] aus der Zeit der Weimarer Republik. Die häufig unter dem Begriff Konservative Revolution zusammengefassten Feinde der ersten deutschen parlamentarischen Demokratie gelten jedoch nicht grundlos als Wegbereiter des Nationalsozialismus. Zudem versuchen extrem rechte Autor*innen aller hier analysierten Spektren an weit zurückliegende historische Narrative anzuknüpfen, um eine neue völkisch-nationale Identität aus der Wiege zu heben, die möglichst unbelastet von den NS-Verbrechen erscheint.

Zwar schreiben sie über die NS-Zeit – über Wehrmachtssoldaten und ihre Waffen, über alliierte Bombenangriffe, Kriegsgefangene und den nationalkonservativen Widerstand – allein die Einzigartigkeit des fabrikmäßigen nationalsozialistischen Mordens erwähnen sie kaum.

Besonders prominent ist dieser Ansatz in den Ausgaben von **Compact-Geschichte**. Die bis zu 100-Seiten-starken Hefte widmen sich jeweils einem spezifischen Rahmenthema. Während es in sechs der zwölf Ausgaben um Teilaspekte der Geschichte des Nationalsozialismus geht, kultivieren die übrigen Hefte mit Titeln wie »1000 Jahre Deutsches Reich« (2017) und »Deutsche Kaiser« (2020) eine identitätsstiftend nationalistische Geschichtserzählung. Diese Ausgaben zeichnen sich über weite Strecken durch einen stark herkunftsmythologischen Ansatz aus, der vor allem Held*innenerzählungen aneinanderreiht. Das dieser Methode zugrunde liegende Ziel offenbart der ehemalige Welt- und Focus-Autor Jan von Flocken bereits im Vorwort der ersten Ausgabe: »Unser Vaterland hat in den 1000 Jahren seiner Geschichte vor 1933 keine Scheusale wie Zar Iwan den Schrecklichen, keine geifernden Hassprediger wie Robespierre, keine Bartholomäusnacht, keine barbarischen Gewaltherrscher wie Heinrich VIII. oder Gangsterbosse wie Al Capone hervorgebracht. Gerade deshalb lohnt es sich, Michels Vergangenheit zu beleuchten.« Der Tenor des Autors: Andere Länder hatten auch ihre Verbrecher und die ersten 1000 Jahre lief es doch ganz gut in der deutschen Geschichte. Das führt zu wahren propagandistischen Stilblüten wie Al Capone im offenkundigen Vergleich mit Hitler.

Ein Krieg, der viele Väter hatte?

Auch wenn laut Compact-Autor Jan von Flocken in allen Ländern Verbrechen zu finden sind, sind sich die Autor*innen der hier untersuchten Zeitschriften meist nicht einmal sicher, ob sie den Beginn des Zweiten Weltkrieges durch den deutschen Angriffskrieg gegen Polen als solches gelten lassen wollen. Arne Schimmer schreibt in der NPD-Parteizeitung **Deutsche Stimme**, »die Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges« sei »viel komplexer [...], als sie heute dargestellt wird« und verweist auf das geschichtsrevisionistische Buch von Gerd Schultze-Rhonhof »Der Krieg, der viele Väter hatte«. (3/2020) Das Interesse, die deutsche Kriegsschuld zu negieren und den Zweiten Weltkrieg als unvermeidliche Tragödie darzustellen, eint die europäische Neonaziszene. Das zeigt ein Bericht des kroatischen Nationalisten Ivan Bilokapić, seines Zeichens stellvertretender Vorsitzender der

Worum ging es im ›Historikerstreit‹?

Der ›Historikerstreit‹ von 1986/87 bezeichnet eine Debatte über die Einzigartigkeit des Holocaust und die Auswirkungen des Gedenkens auf die nationale Identität der Bundesrepublik Deutschland in der Gegenwart. Außerdem wurde ein auslösender Zusammenhang zwischen dem sowjetischen Gulag-System und dem nationalsozialistischen Völkermord diskutiert. Im Zentrum der stand der Historiker und Philosoph Ernst Nolte (1923-2016) und einige von ihm in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) veröffentlichte Artikel.

1986 erschien in der FAZ Noltes Artikel »Vergangenheit, die nicht vergehen will«[i], der als Auslöser der Debatte gilt. Darin moniert der Historiker das angebliche »Nicht-Vergehen« der deutschen NS-Vergangenheit. Normalerweise würden Ereignisse ihre Potenz für die Gegenwart verlieren, wenn sie Geschichte werden. Allein die Zeit des Nationalsozialismus sei immer noch gegenwärtig, obwohl sie der Vergangenheit angehöre. Die moralische Verurteilung jener Ereignisse stünde einer wissenschaftlichen, nüchternen Analyse entgegen, so Nolte. »Die der ›Endlösung‹ gewidmete Aufmerksamkeit« lenke von der Erforschung anderer historischer Vorgänge ab. Hier nennt er einerseits »wichtige[ ] Tatbestände[ ] der nationalsozialistischen Zeit, wie etwa »d[ie] Tötung ›lebensunwerten Lebens‹ und d[ie] Behandlung der russischen Kriegsgefangenen«. Anderseits beziehe sich die Ablenkung aber »vor allem [auf] entscheidende[ ] Fragen der Gegenwart«. Darunter versteht Nolte die Frage nach dem »Seinscharakter[ ] von ›ungeborenem Leben‹ oder des Vorliegens von ›Völkermord‹ gestern in Vietnam und heute in Afghanistan«.

Bereits 1980 hatte Nolte in einem Vortrag, der in gekürzter Fassung ebenfalls in der FAZ erschien, den Holocaust relativiert, indem er Auschwitz als »aus Angst geborene Reaktion auf die Vernichtungsvorgänge der Russischen Revolution« beschrieb. Die Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschlands seien »eine verzerrte Kopie und nicht ein erster Akt oder das Original«[ii] gewesen. 1986 führt er in besagtem Artikel aus, alle Verbrechen der Nazis seien »mit alleiniger Ausnahme des technischen Vorgangs der Vergasung« bereits von den Bolschewisten in der Sowjetunion begangen worden.[iii]

Nolte gibt den nationalsozialistischen Verbrechen eine rationale äußere Ursache fernab von ihrer virulent antisemitischen und rassistischen Weltanschauung und relativiert die Singularität des Holocaust und den ihm innewohnenden planvollen Vorgang des industrialisierten Massenmordes in den Konzentrations- und Vernichtungslagern, den er als vermeintlich »technisches« Detail beschreibt. Bis heute sind seine Thesen wichtige Bezugspunkte für die Geschichtspolitik der extremen Rechten und werden in diversen der untersuchten Zeitschriften bemüht.

i. Ernst Nolte: Vergangenheit, die nicht vergehen will, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 06. Juni 1986. / Kritisch dazu u.a.: Peter Borowsky: Der Historikerstreit. Wie geht die deutsche Geschichtswissenschaft mit der nationalsozialistischen Vergangenheit um? in: Ders.: Schlaglichter historischer Forschung Studien zur deutschen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert. Hamburg 2005. Online unter: https://hup.sub.uni-hamburg.de/volltexte/2008/9/chapter/HamburgUP_Schlaglichter_Historikerstreit.pdf
ii. Ernst Nolte: Zwischen Geschichtslegende und Revisionismus? Das Dritte Reich im Blickwinkel des Jahres 1980. In: »Historikerstreit«, Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung. München 1987.
iii Ders.: Vergangenheit, die nicht vergehen will, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 06. Juni 1986.

NPD-nahen Stiftung Europa Terra Nostra (ETN), über eine Veranstaltung der Organisation anlässlich des Jahrestages der Bombardierung Dresdens. Zu den Referent*innen gehörte Nick Griffin, der ehemalige Vorsitzende der British National Party. Im Artikel bezeichnet Bilokapić den Zweiten Weltkrieg als »mit Abstand tragischste[n] Konflikt, der den europäischen Kontinent heimsuchte«. Die Umschreibung des Krieges als Heimsuchung unterschlägt, dass zunächst Polen vom Angriffskrieg der deutschen Wehrmacht heimgesucht wurde. Doch indem deutsche und europäische Neonazis sämtliche Verantwortung einer vermeintlich übernatürlichen Gewalt zuschieben, können sie heute ein einträchtiges ›Europa der Vaterländer‹ ausrufen. Anschließend richtet Bilokapić seine Aufmerksamkeit auf den vermeintlich wahren Gegner, den antisemitisch codierten Internationalismus, und zitiert Nick Griffin mit den Worten: »Lassen wir vergangene Schande hinter uns sowie geschichtliche Belastungen und Tragödien, die unsere Vorväter trennten, denn solange wir uns trennen lassen, besteht keine Hoffnung, dem zu widerstehen, was unseren Völkern droht. Unsere Gegner arbeiten auf internationaler Ebene gemeinsam daran, uns zu zerstören, daher müssen auch wir einen übergreifenden nationalen Widerstand bilden, um Europas Nationen vor ihrem Untergang zu bewahren.« (4/2020)

„Indem deutsche und europäische Neonazis sämtliche Verantwortung einer vermeintlich übernatürlichen Gewalt zuschieben, können sie heute ein einträchtiges ›Europa der Vaterländer‹ ausrufen."

Auf der Titelseite der extrem rechten Wochenzeitung **Junge Freiheit** (JF), die selbst lieber als konservativ verstanden werden will, prangte im Juni 2019 die Überschrift »Tatort Versailles«. Im Untertitel hieß es weiter das »Friedensdiktat« sei der »jungen deutschen Republik« zum Verhängnis geworden und habe »die Saat für den Aufstieg Hitlers« gelegt. (27/2019) Mit direkten und indirekten Ernst-Nolte-Zitaten wird in diversen JF-Artikeln ein Narrativ konstruiert, in dem der Zweite Weltkrieg im ›großen Bürgerkrieg‹ aufgeht, der vermeintlich bereits 1917 begann. Die Strategie, den nationalsozialistischen Angriffskrieg als letzten Stein in eine durch die Novemberrevolution und den Friedensvertrag von Versailles angestoßene Dominokette einzufügen, ist noch subtil im Vergleich zu dem, was der Schriftsteller Wolfgang Bittner in einem JF-Interview verkündet: Beide Kriege seien »unter anderem von Briten, Franzosen und US-Finanzeliten provoziert« worden und »die These von der Alleinschuld Deutschlands« sei falsch. (47/2019)

Ähnlich wie die Junge Freiheit versucht der Historiker Stefan Scheil in der **Sezession** die nationalsozialistischen Aggressionen als Teil einer historischen Kausalkette zu erklären. Dabei bemüht er die auf Nolte zurückgehende Bürgerkriegs-These.[8] Der »Europäische Bürgerkrieg« sei, so Nolte, ein Krieg zwischen Bolschewismus und Faschismus gewesen. Begonnen hätte dieser bereits 1917 mit der russischen Revolution. Entsprechend sei der Krieg gegen die Sowjetunion, so Scheil in der Sezession, zwar ein Vernichtungskrieg gewesen, habe sich aber gegen das bis dahin »mörderischste Regime aller Zeiten« gerichtet. Unter Berufung auf Nolte schreibt Scheil, dass »der nationalsozialistische Faschismus« dabei »im Wesentlichen als Anti-Bolschewismus« aufzufassen sei, der »seinen Gegner fundamental bekämpfe, seine Methoden dabei mit aufnehme, aber den festen Rahmen des nationalen Denkens nie durchbreche.« (86/2018) Wer den NS wie Scheil als eine Reaktion auf den Bolschwismus beschreibt, muss sich mit dem Rassenwahn der Nazis freilich nicht weiter befassen. Scheil, seit April 2013 Mitglied der AfD und Mandatsträger, hat diverse Bücher zum Nationalsozialismus veröffentlicht – einige davon im traditionsreichen Wissenschaftsverlag Duncker & Humblot. Parallel dazu erschienen etliche seiner Bücher im extrem rechten Verlag Antaios von Götz Kubitschek. Die Zuerst! holt die »Expertenmeinung« des in Fachkreisen stark kritisierten Historikers immer wieder in Interviews ein.

Verschiedene **Zuerst!**-Autoren vertreten getreu dem Motto »Der Krieg, der viele Väter hatte« die Position, der Beginn des Zweiten Weltkrieges könne unmöglich einer einzigen Nation angelastet werden. So sei die Politik der polnischen Regierung und deren Verhalten gegenüber der deutschen Minderheit Ende der 1930er Jahre geradezu provozierend und aggressiv-bedrohlich gewesen – ermutigt von der Rückendeckung der britischen und französischen Regierung. Der Angriff des nationalsozialistischen Deutschlands auf Polen am 1. September 1939, der den Beginn des Krieges markiert, sei eine unausweichliche und quasi erzwungene Reaktion gewesen. Außerdem hätten Großbritannien und Frankreich daraufhin dem nationalsozialistischen Deutschland den Krieg erklärt und nicht umgekehrt. Xaver Warncke beschreibt wie ein scheinbar friedensbemühter Hitler die Berichterstattung »über polnische Gewaltakte« zurückgehalten und versucht habe, »die Polen an den Verhandlungstisch zurückzubringen«. (8-9/2019) Angesichts der Tatsache, dass der Angriffskrieg mit dem durch die SS fingierten Überfall auf den deutschen Sender Gleiwitz propagandistisch begründet wurde – bei dem es so aussehen sollte, als seien die Täter Polen – ist die Betonung vermeintlich »polnischer Gewaltakte« im Vorfeld des Krieges ein besonders drastischer Beweis für den unverhohlenen Revisionismus der Zeitschrift. Er ist beispielhaft für die typische Verdrehung hinlänglich belegter historischer Fakten zugunsten einer relativierenden Geschichtsschreibung.

Compact-Chefredakteur Jürgen Elsässer bestreitet im Compact-Geschichte-Heft »Der Krieg, der viele Väter hatte« solche revisionistischen Ziele zu verfolgen. Bei der Ausgabe handelt es sich um einen stark gekürzten Reprint des 2003 erschienenen gleichnamigen Buches von Gerd Schultze-Rhonhof. Dieser brachte es vor seiner Karriere als revisionistischer Autor immerhin zum Generalmajor der Bundeswehr. Elsässer schreibt im Vorwort: »Wenn Schultze-Rhonhof eine Mitverantwortung der Regierungen in Warschau oder Prag an der Katastrophe von 1939 benennt, bedeutet dies keinerlei Minderung der deutschen Schuld. Und kein vernünftiger Patriot will die Gebiete, die wir nach 1945 ver-

loren haben, zurückhaben. Ganz im Gegenteil: Sie sind heute in Tschechien, Polen und Russland besser aufgehoben – weil die Regierungen dort entschlossen die Islamisierung verhindern, die das gesamte Abendland bedroht.« Die Begeisterung Elsässers für die polnische Regierungspartei PiS, den tschechischen Ministerpräsidenten Andrej Babiš sowie den russischen Präsidenten Vladimir Putin dürften viele seiner Leser*innen aufgrund von deren Anti-Migrationspolitik und regelmäßigen Streitigkeiten mit der EU teilen, ob sie deshalb jedoch wirklich die Ostgrenze der Bundesrepublik anerkennen, darf bezweifelt werden.

Schultze-Rhonhof wirft der Geschichtswissenschaft eine einseitige, durch die Alliierten aufgezwungene Haltung zur Schuldfrage vor. Compact versucht, wo immer möglich, die Geschichte des Zweiten Weltkrieges umzuschreiben. In dem so gezeichneten Bild blieb Hitler aufgrund des Versailler Vertrages vermeintlich gar nichts anderes übrig, als einen Krieg anzuzetteln. Wenn überhaupt, dann habe der Krieg »viele Väter« und die Schuld sei nicht nur bei Hitler, sondern auch bei Stalin, Churchill und der (einmal mehr antisemitisch codierten) »angloamerikanische[n] Hochfinanz« zu suchen. (8/2019) Letztlich bedient das Magazin und seine Geschichtsreihe verschiedene in der extremen Rechten virulente Erzählungen, die darauf abzielen, die Kriegsschuld und die Verbrechen der Nazis zu relativieren, um den eigenen aktuellen Nationalismus zu legitimieren. Hier ist das Blatt bei einer inhaltlichen Linie angekommen, die bis in die 2000er prominent von NPD und Kameradschaften vertreten wurde und heute ihre Entsprechung bei den AfD-Reden Gaulands oder Höckes findet.

Der »Versailler Diktatfrieden« dient der **Deutschen Stimme** als Schlagwort, um eine Erzählung kontinuierlicher Ungerechtigkeiten gegenüber den Deutschen zu etablieren. Die NPD-Parteijugend Junge Nationalisten (JN) begründete in der Zeitung ihr Engagement »[g]egen den Befreiungsmythos« des 8. Mai mit dem Verweis auf den Friedensvertrag und damit, dass »der Zweite Weltkrieg in nicht wenigen Aspekten als Fortsetzung des ersten« gelte. (6/2019) Hier wird die Überschneidung zur in der Neuen Rechten beliebten These eines von 1917 bis 1945 andauernden ›Bürgerkrieges‹ offenbar.

Relativieren oder Leugnen?

Eine explizite Leugnung des Holocaust haben wir in den untersuchten Periodika nicht gefunden. In einigen Fällen dürfte dies weniger durch die tatsächliche politische Positionierung, sondern vor allem durch die zu erwartenden rechtlichen Konsequenzen begründet sein. Holocaustleugnung fällt unter den Straftatbestand der Volksverhetzung. Eine Möglichkeit dennoch eindeutig Stellung zu beziehen, nutzen beispielsweise die **N.S. Heute** und die **Deutschen Stimme** wiederholt durch Solidaritätsbekundungen für Ursula Haverbeck oder Horst Mahler, die für ihre notorische Holocaustleugnung bekannt sind. Insgesamt ist jedoch zu beobachten, dass alle Blätter ihren strategischen Schwerpunkt auf Relativierung verlagert haben oder sich zu den Verbrechen der Nazis ausschweigen.

Das systematische Leugnen beziehungsweise Relativieren des Holocaust wird als Sekundärer Antisemitismus bezeichnet. Dabei handelt es sich um Antisemitismus nicht trotz, sondern gerade wegen Auschwitz. In den entsprechenden Erzählungen wird Jüdinnen und Juden unterstellt, die Erinnerung und Aufarbeitung des Holocaust für ›eigene Zwecke‹ zu instrumentalisieren – eine klassische Form der Täter-Opfer-Umkehr. Besonders prägnant ist in diesem Zusammenhang die Formulierung des österreichisch-israelischen Psychoanalytikers Zvi Rex: »Auschwitz werden uns die Deutschen niemals verzeihen.« Diese aktualisierte Variante des Antisemitismus bedient oft auch klassische Motive – wie etwa das der Geldgier, Rachsucht und verdeckten Agitation bis hin zur Weltverschwörung.

Eng verknüpft mit diesen Narrativen ist die Forderung nach einem ›Schlussstrich‹ und damit die Idee, die Aufarbeitung der NS-Verbrechen könne abgeschlossen werden, um sich endlich wieder anderen Bereichen zu widmen. Auch in den Teilen der extremen Rechten, die sich nicht offen positiv auf den NS beziehen, wird die Erinnerung als störend für die eigene offensiv nationalistische Heldenerzählung wahrgenommen. In den Periodika der extremen Rechten wird daher gern ein regelrechter ›Schuldkult‹ beklagt.

Die Stolpersteine des Künstlers Gunter Demnig erinnern an Menschen, die zwisc

In der **DS** wird der Holocaust vor allem dann benannt, wenn es um seine vermeintliche Instrumentalisierung für den ›Schuldkult‹ geht. Die Opfer des Holocaust erhalten in der NPD-Veröffentlichung ansonsten vor allem über Auslassung Bedeutung, etwa wenn der Redner der ETN-Veranstaltung Nick Griffin, zustimmend zitiert wird. Er sieht »eine der größten Ungerechtigkeiten des Zweiten Weltkrieges« in der »niederdrückende[n] Last der Schuld und Wiedergutmachungszahlungen« der jetzigen Generation der Deutschen. (4/2020) Ein Beispiel für die Ver-

schränkung von Holocaustrelativierung und deutscher Opfermythologie liefert DS-Autor Jürgen Gansel, wenn er in einer Rede auf dem Landesparteitag der sächsischen NPD die alliierten Luftangriffe als »Bombenholocaust« bezeichnet. (3/2020)

Ähnlich verhält es sich in der **Zuerst!**: Dort nimmt Bernhard Radtke den 70. Jahrestag der Gründung des Zentralrats der Juden zum Anlass für einen Artikel mit dem Titel: »Neubeginn im ›Land der Täter‹«. Die Vertreibung und industrielle Vernichtung jüdischer Menschen in Europa durch die Nazis, die dessen Gründung zwingend erforderten, erwähnt er mit keinem Wort. Stattdessen beschreibt er jene Gründungsgeschichte auf perfide Art und Weise wie folgt: »Zu dieser Zeit [Anm. d. Red.: im Gründungsjahr 1950] bestanden die neu formierten jüdischen Gemeinden aus den wenigen Mitgliedern, die die NS-Zeit in Deutschland überdauert hatten, und einigen Rückkehrern aus der Emigration. Die

hen 1933 und 1945 von den Nazis verfolgt wurden. | Foto: Christian-Ditsch.de

meisten osteuropäischen Juden, die als ›Displaced Persons‹ nach dem Krieg nach Deutschland gekommen waren, hatten das Land bereits wieder in Richtung Palästina oder Übersee verlassen.« (7/2020)

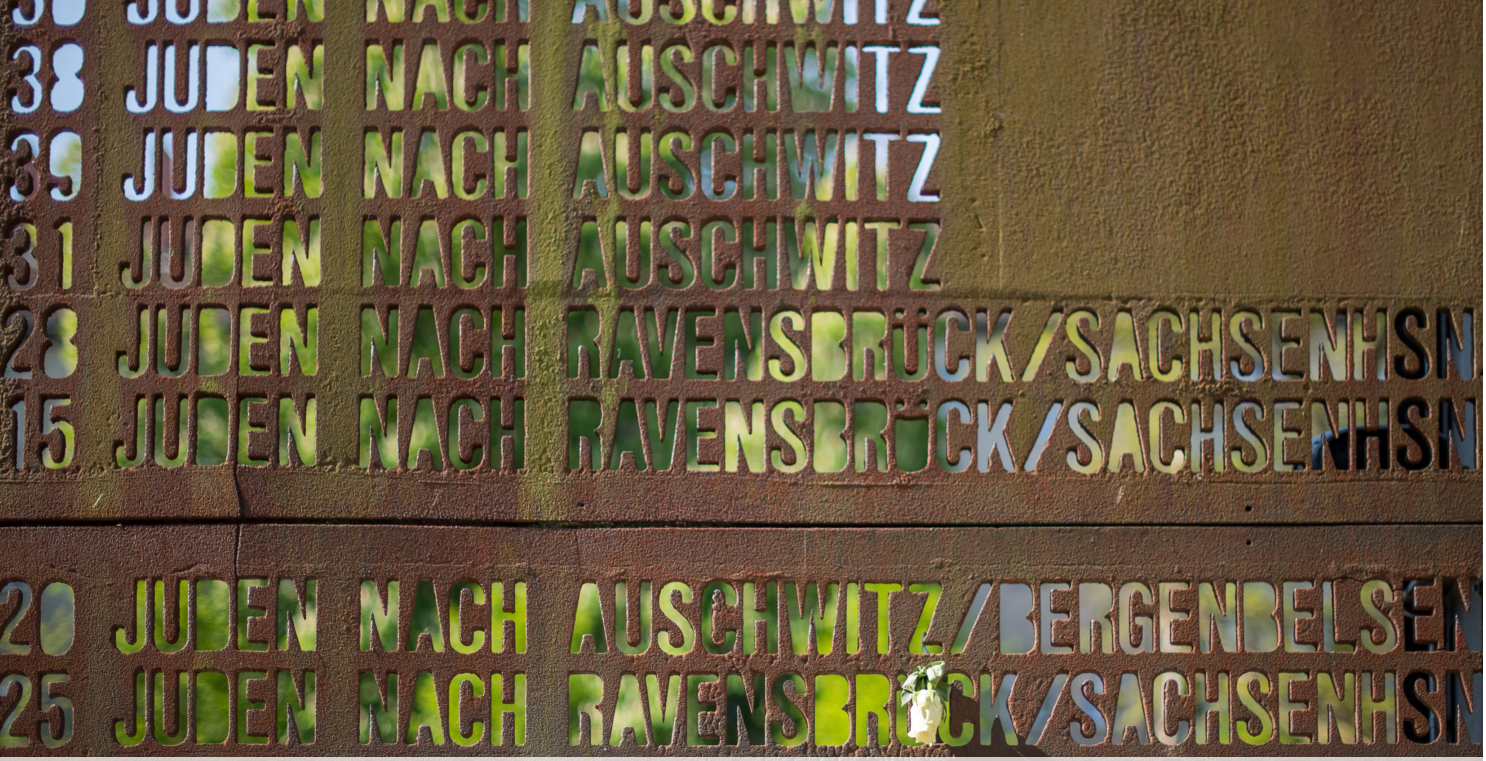
Um die mit offenem Revisionismus einhergehenden, negativen Konnotationen zu vermeiden, haben sich neurechte Akteur*innen längst dazu entschieden, Geschichte strategisch zu rekontextualisieren und bestimmte Aspekte zu betonen, während sie Verbrechen, die das von ihnen heraufbeschworene Bild einer nostalgisch-nationalistischen Vergangenheit stören könnten, ignorieren. So empört sich Erik Lehnert in der **Sezession** über das »Vergessensverbot«, das »der nachfolgenden Generation« die Möglichkeit nehme, »unvoreingenommen die Probleme der Gegenwart anzugehen. Sie steht unter Generalverdacht und muss sich mittlerweile immer offensiver und öffentlicher, dem Zwang unterwerfen.« (97/2020) Martin Lichtmesz (bürgerlich Semlitsch) schreibt: »Zu den grundlegenden Legitimationsmythen in der Bundesrepublik zählt auch eine manipulative und einseitige Geschichtspolitik im Zeichen von immerwährender Schuld und nie endender Sühne«. (100/2021)

Thorsten Hinz versucht in der **Jungen Freiheit** in Analogie zu den Positionen Ernst Noltes den Holocaust als Ausdruck menschlicher Natur zu bagatellisieren. Hinz zitiert den Historiker direkt wenn er vom Holocaust als »menschliche[m] Phänomen« schreibt, welches nur »in Relation zu anderen Phänomenen« zu verstehen sei. Jene anderen Phänomene seien der »Europäische Bürgerkrieg zwischen 1917 und 1945« und die »vom Bolschewismus ausgehende[ ] Vernichtungsdrohung«. Die tatsächlich erfolgte Vernichtung von Jüdinnen und Juden wird so zur bloßen Reaktion. Darüber hinaus sei mit Nolte gesprochen »noch die unmenschlichste Tat im anthropologischen Sinne ›menschlich‹«, und der Holocaust damit nur eine vieler Gräueltaten. Bezüglich der Aufarbeitung nutzt Hinz abwertende Formulierungen, die bisherige kritische Forschung diskreditieren sollen. So spricht er von einem »quasi-religiösen Schauder«, den er gleichermaßen als »Neurose« pathologisiert, die es »zu heilen« gelte. »[D]ie besitzergreifende Erinnerung an den Holocaust [müsse] in eine distanzierte überführt werden.« (5/2020) Solche verbalen Kniffe sind ein beliebtes Werkzeug von JF-Autor*innen: Beispielsweise untergräbt Björn Schumacher den singulären Charakter des Holocaust indem er Begriffe, die in diesem Zusammenhang geprägt wurden, umdeutet. So wird das von den Alliierten bombardierte Magdeburg und nicht Auschwitz zum »Zivilisationsbruch« – was uns zur nächsten rhetorischen Strategie extrem rechter Geschichtspolitik führt: Die Täter-Opfer-Umkehr. (4/2020)

Die ›wahren‹ Kriegsopfer

Die von Björn Schumacher in der Jungen Freiheit vorgenommene Umdeutung von Begriffen erfüllt neben der Relativierung des Holocaust eine weitere Funktion: Die Umkehrung des Täter-Opfer-Verhältnisses – ein Standardwerkzeug extrem rechter Geschichtspolitik. Selten wird die Strategie so wortwörtlich umgesetzt wie bei den in der JF veröffentlichten Fotoaufnahmen eines sowjetischen Piloten. Zu sehen ist ein ostpreußischer Flüchtlingstreck. Darüber prangt die Überschrift: »Die Flucht über das zugefrorene Haff aus der Täterperspektive«. (9/2019)

Etwas subtiler als diese wortwörtliche Umkehrung ist die Verzerrung des Verhältnisses von Tätern und Opfern durch Dekontextualisierung, Gleichsetzung und/ oder Auslassung. Extrem rechte Publikationen produzieren reihenweise Beiträge über »Vertriebene« und deutsche Kriegsgefangene. So bezeichnet **Sezession**-Autor Stefan Scheil die Umsiedlung deutschsprachiger Bevölkerungsgruppen aus Osteuropa als »bewußte Massentötung«. (86/2018) Erik Lehnert, Benedikt Kaiser und Götz Kubitschek beklagen sich in einem Beitrag zum 8. Mai 1945 als Befreiungstag in dem neurechten Blatt über Kriegsgefangenschaft, Reparationen und Territorialverluste, ohne nur eine der Ursachen zu benennen. Der Holocaust taucht in dem Artikel nicht auf und das



Das Mahnmal Levetzowstraße in Berlin-Moabit erinnert an die Deportation von Jüdinnen und Juden. | Foto: Christian-Ditsch.de

Wort »Verbrechen« verwenden sie nur in Bezug auf deutsche Opfer. (97/2020)

Xaver Warncke schreibt in **Zuerst!** vom »Bluttag an der Elbe«. Der Text bezieht sich auf historische Ereignisse in Prag im Nachgang der Kapitulation der Nazis vom 8. Mai 1945. Der Autor schildert Gewalttaten der tschechischen Bevölkerung gegenüber Deutschen. Seine Bewertung: Die Ereignisse gehörten zu den »grauenhaftesten Exzessen, die das an Gewalttaten nicht arme 20. Jahrhundert erlebt hat«. Darüber hinaus spricht er von »allerorten aufflammenden Deutschenpogromen«. (7/2020) Seine Äußerungen stehen jedoch neben den konkreten Ereignissen in Prag durchaus symptomatisch für die grundlegende historische Deutung des Zweiten Weltkrieges und des Holocaust in der Zuerst!. Die menschenverachtende Naziideologie und die daraus resultierenden Kriegsverbrechen bis hin zu Vernichtungspolitik und des Holocaust werden so weit wie irgend möglich ausgeklammert. So reißt Warncke die von ihm beschriebenen historischen Ereignisse aus dem Kontext. Während das Blatt die Verbrechen der Nazis herunterspielt und teilweise geradezu als durch die Aggressivität der ›anderen‹ aufgezwungene Handlung beschreibt, werden ausgewählte historische Begebenheiten für die eigene Erzählung von den ›wahren Opfern‹ – wobei es sich immer um Deutsche handelt – bewusst instrumentalisiert. Durch derartig unseriöses Arbeiten disqualifizieren sich extrem rechte Autor*innen regelmäßig aufs Neue. Historische Forschung muss eine Vielzahl diverser Quellen berücksichtigen. Die Einordnung von Ereignissen in größere Zusammenhänge ist eines ihrer wichtigsten Ziele. Wer aber entweder nur von epischen Panzerschlachten berichtet oder seine Erzählung ganz und gar im Mai 1945 beginnen lässt, ignoriert die Grundsätze historischer Forschung und zeigt ganz unverhohlen, welche Opfer für nicht relevant erachtet werden.

Neben der Flucht deutschsprachiger Bevölkerungsgruppen aus Osteuropa sind die alliierten Luftangriffe ein zentrales Motiv extrem rechter Täter-Opfer-Umkehr. Begrifflichkeiten wie »alliierter Bombenterror« (DS 1/2020) oder »totaler Luftkrieg« (JF 4/2020) begleiteten das jährliche Gedenken an die Bombardierung deutscher Städte. In diesem Zusammenhang erhebt die extreme Rechte häufig den Vorwurf der Geschichtsfälschung durch die etablierte Geschichtswissenschaft. DS-Stammautor Maik Müller spricht von Propaganda, die »von den Siegern seit 1945 in die Geschichtsbücher diktierten Verdrehungen [...] unter allen Umständen aufrechterhalten« soll. Ein Ziel bestehe außerdem darin, dass »[d]ie alliierten Siegermächte [...] nicht für Kriegsverbrechen verantwortlich gemacht werden« dürften. (1/2020)

Der Inszenierung der Deutschen als die ›wahren Opfer‹ des Krieges findet ebenfalls ihre Entsprechung in der Behauptung, Deutschland sei noch immer besetzt und nicht souverän. Entsprechend ist der 8. Mai 1945, also der Jahrestag der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht, laut DS explizit »kein Tag der Befreiung!« (6/2019). Bei diesem Thema wagt es sogar der Redaktionsleiter für Innenpolitik der **Jungen Freiheit**, Felix Krautkrämer, die AfD-Bundestagsfraktion für die Kranzniederlegung am sowjetischen Ehrenmal in Berlin-Treptow am 8. Mai 2019 zu kritisieren. Krautkrämer verurteilte den Vorgang als »würdelos und geschichtsvergessen«. Schließlich hätten »die Sowjets« »den Deutschen« nicht »Friede und Freiheit gebracht«, sondern für viele »Leiden und Sterben« sowie »Vergewaltigung, Vertreibung und Mord«. Seine Schlussfolgerung lautet daher: »Für eine Partei, die eine patriotische Alternative sein will, sollte es sich jedoch verbieten, den Siegern von einst Kränze zu binden.« (21/2019)

Sascha Krolzig widmet sich in der **N.S. Heute** dem Gedenken an die Toten der sogenannten Rheinwiesenlager. Dabei handelte es sich um Gefangenenlager der Westalliierten, die von April bis September 1945 existierten. Die schlechten Ernährungs- und Hygienebedingen führten wiederholt zum Tod von Inhaftierten. Diesen Umstand versuchen Neonazis für sich zu instrumentalisieren und unterstellen den Alliierten gezielte Kriegsverbrechen. Krolzig schreibt von der »[s]ystematische[n] Aushungerung der Gefangenen«. Illustriert wird der Artikel mit Bildern vergangener »Trauermärsche«. Auf einem der Transparente ist zu lesen:

»Rheinwiesenlager. Eine Million Tote rufen zur Tat«. Ähnlich wie beim Gedenken an die Bombardierung Dresdens wird seitens der Neonazis mit nachweislich falschen Zahlen gearbeitet. Aufgrund verschiedener Untersuchungen scheint die Zahl von circa 10 000 Toten bei insgesamt einer Million Gefangenen realistisch. Vereinzelt höhere Schätzungen gehen von maximal 40 000 Toten aus. Mit Bezug auf die Erinnerungspolitik in Deutschland heißt es im Vorwort der Ausgabe in trotzigem Ton: »Und wer da meint, ein solches ›rückwärtsgewandtes‹ Gedenken würde heute niemanden mehr interessieren, sollte sich zunächst einmal die Frage stellen, warum das System überhaupt so viel Energie dafür verwendet, unsere Kinder mit dem antideutschen Schuldkult zu infizieren, wenn gewisse historische Vorgänge doch gar nicht mehr von Belang seien. Aber davon ab, kann es uns auch ziemlich egal sein, was irgendwelche BRD'ler von nationalen Gedenkveranstaltungen halten. Wir gedenken jenen, die für uns Deutschland starben [sic!], weil wir wissen, dass es das Richtige ist und weil diese Menschen ein ehrendes Andenken verdient haben - scheißegal, ob sich irgendwelche Spießbürger dafür interessieren mögen oder nicht.« (13/2019) In den Rheinwiesenlagern, die das Blatt als »Konzentrationslager« bezeichnet, wurden vor allem Mitglieder der Wehrmacht, der Waffen-SS und des Volkssturms inhaftiert.

Die **Compact** stilisiert Deutsche zu Opfern eines brutalen Regimes und mörderischen Krieges während sie jegliche Auseinandersetzung mit dem Holocaust zu vermeiden versucht. Dafür erhält das Blatt Zustimmung aus der militanten Neonaziszene, so empfiehlt die **N.S. Heute** explizit die Lektüre der Compact-Geschichte-Ausgabe »Dresden 1945. Die Toten, die Täter und die Verharmloser«.

Personen und Idole

Die Opfer-Narrative extrem rechter Geschichtspolitik gehen Hand in Hand mit der Heroisierung der Wehrmachtssoldaten oder des NS-Führungspersonals. Gerade im Neonazismus ist die Verklärung des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß weit verbreitet. Die Erzählung um dessen angebliche Ermordung Ende der 1980er ist in diesen Kreisen seither präsent. Regelmäßig marschierten Neonazis in Wunsiedel auf, wo Heß bis 2011 begraben lag. Dessen ungebrochenes Bekenntnis zum Nationalsozialismus macht ihn für sie bis heute zum Helden und Märtyrer.

> „Die geforderte »Aufklärung« wäre in den Augen der Neonazis nur dann legitim, wenn sie das gewünschte Ergebnis brächte."

Es ist einmal mehr die **Compact**, die unter Beweis stellt, dass die Verschwörungserzählung Heß sei ermordet worden, nicht auf Neonazikreise begrenzt ist. Die Compact-Spezial-Ausgabe »Politische Morde« von 2018 widmet sich neben Artikeln zu den Todesumständen von Personen wie der Kommunistin Rosa Luxemburg, des RAF-Opfers Hanns Martin Schleyer, des FDP-Politikers Jürgen Möllemann und des Mordopfers des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU), Halit Yozgat, auch der Frage: »Wie starb Rudolf Heß?« Eine eindeutige Antwort liefert Autor Daniell Pföhringer zwar nicht, allein die Platzierung des Textes in der Rubrik »Im Visier der Geheimdienste. Mord aus Staatsräson« lässt tief blicken. Heß' Suizid zweifelt Pföhringer an und fordert ein erneutes Gerichtsverfahren, um die Todesumstände zu klären. Als Hauptindizien gegen einen Selbstmord führt er Aussagen des ehemaligen Pflegers von Rudolf Heß, Abdallah Melaouhi, an. Dieser verfasste 2008 das Buch »Ich sah seinen Mördern in die Augen! Die letzten Jahre und der Tod von Rudolf Heß« und ist seither ein gefragter Referent in Neonazikreisen. Außerdem bezieht sich Pföhringer auf das Gutachten einer Nachobduktion, welches in einigen Punkten der britischen Erstobduktion widerspricht und die Strangulationsmerkmale als atypisch für das Erhängen beschreibt. Beweise für eine Ermordung liefert dieses Gutachten jedoch nicht. Pföhringer beendet seinen Artikel mit den Worten: »Mord verjährt nicht!« Das dürfte den mehreren hundert Neonazis gefallen, die in den Jahren 2017 und 2018 unter dem selben Motto durch Berlin marschierten und den Stellvertreter Hitlers glorifizierten. Demnach hätte der Artikel ebenso gut in die Schwerpunktausgabe der N.S. Heute gepasst, die sie 2017 zu Heß' 30. Todestag veröffentlichte.

Der Spruch »Mord verjährt nicht« – hier in propagandistischer Umdeutung des Suizids eines verurteilten NS-Kriegsverbrechers – ist ob der sonst so beliebten Schlussstrich-Forderungen der extremen Rechten in Bezug auf die Zeit von 1933-1945 besonders zynisch. Ziel der Strategie: Einmal mehr soll den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges, in diesem Fall den Briten, die moralische Integrität abgesprochen werden. Folgt man der Argumentation, so wäre nicht nur die Inhaftierung des Kriegsverbrechers ungerechtfertigt gewesen, sondern dieser sei am Ende ermordet worden. Dabei wird Heß wahlweise als »Friedensflieger« oder als greises, wehrloses Opfer und das britische Gefängnispersonal als kaltblütige Mörder dargestellt. Typisch für Verschwörungserzählungen ist, dass in Bezug auf Heß' Selbstmord einzelne Fakten aus ihrem jeweiligen Kontext gerissen und lediglich diejenigen wiedergegeben werden, die der eigenen Darstellung dienlich sind. Alles andere, so etwa Heß' wiederholte Selbstmordversuche in Haft und die Tatsache oder dass das Gutachten der Zweitobduktion keine Beweise für einen Mord ausmachen konnte, werden ignoriert. Die geforderte »Aufklärung« wäre in den Augen der Neonazis nur dann legitim, wenn sie das gewünschte Ergebnis brächte. Wäre dies nicht der Fall, läge dies nicht an den aberwitzigen Behauptungen, sondern erneut an düsteren Mächten.

Eine positive Bezugnahme auf die Wehrmacht und einzelne ihrer Offiziere findet sich in verschiedenen extrem rechten Periodika und schwerpunktmäßig in der DMZ. Doch die emotional mysthifizierende Darstellung Adolf Hitlers durch Xaver Warncke in **Zuerst!** ist selbst für deren Verhältnisse besonders und sogar in offen neonazistischen Blättern kaum zu finden. Bezugnehmend auf den Einmarsch der Nazis in Frankreich schreibt er: »Anders als nach dem siegreichen Polenfeldzug läßt er sich in Paris nicht als erfolgreichen Kriegsherrn feiern. […] Hitler verzichtet auf die Pose des Triumphators, möchte der Welt vielmehr die des einsamen Besuchers, ja des Kunstliebhabers bie-

ten. Tatsächlich hat ihn Paris, die Stadt der Boulevards, Museen, Theater und großen Sichtachsen, immer fasziniert. Als Musik- und Wagner-Liebhaber kennt er den Plan der Oper in- und auswendig.« (6/2020)

Viele der Zuerst!-Artikel haben einen militärhistorischen Fokus und widmen sich mehr oder weniger bekannten Kriegsereignissen und Schlachten ebenso wie NS-Kriegsgerät und Biografien von NS-Militärs und weisen damit deutliche Ähnlichkeiten zur im gleichen Verlag erscheinenden Deutschen Militärzeitschrift auf. Gerade bezüglich der NS-Militärführung, verfallen die Autoren aufgrund ihrer offenkundig kaum zu bändigenden Begeisterung häufig in Glorifizierung. So begeistert sich Warncke für Erwin Rommel und bezeichnet diesen als eine der »herausragendsten militärischen Führungsfiguren, die Deutschland im 20. Jahrhundert hervorgebracht hat.« Weiter schreibt er: »Sein Talent auf dem Schlachtfeld war legendär und machte ihn auch beim Gegner zum Mythos. [...] Es [Anm. d. Red.: das Herz] hörte vor 75 Jahren zu schlagen auf. Doch als großer Soldat und Truppenführer lebt Erwin Rommel noch immer in Erinnerung von Freund und Feind.« (10/2019)

In der **Compact-Geschichte**-Ausgabe »Panzerschlachten« wird entzückt über die ›Erfolge‹ der Wehrmachtoffiziere Erich von Mansteins an der Westfront sowie Erwin Rommels in Afrika geschrieben. Beide werden als große Militärstrategen gefeiert. In einer Neuauflage eines Textes des verstorbenen Geschichtsrevisionisten und österreichischem NS-Funktionärs Erich Kern im Heft heißt es völlig unkritisch: »Rommel verfügte genau über das, was in Afrika notwendig war: Draufgängertum, Schläue und rasche Erfassung der gegnerischen Aktion. Nicht umsonst erhielt er später seinen Spitznamen: ›Der Wüstenfuchs‹«. Dabei bedient das Heft das Bild einer vermeintlich sauberen Armee, welche aus tapferen Kämpfern bestand und mit den Verbrechen der Nazis eigentlich nicht viel zu tun hatte. Eine Darstellung, der bis zur Eröffnung der ersten Wehrmachtausstellung in den 1990ern weite Teile des Konservatismus anhingen, die sich aber anhand der vielfachen Verstrickungen in Kriegsverbrechen nicht länger aufrecht erhalten ließ.

Publikationen wie der **Sezession** und der **JF** geht es weniger um eine Verteidigung des Nationalsozialismus in seiner historisch spezifischen Ausprägung als um eine Rehabilitation des deutschen Nationalismus überhaupt. Entsprechend haben auch Figuren des Widerstands Heldenpotential, solange ihre Opposition zu Hitler als Ausdruck glühenden Patriotismus interpretiert werden kann. So würdigt die **JF** den 75. Jahrestag des Stauffenberg-Attentats auf Hitler mit einem Sonderheft »Patrioten gegen Hitler«, dessen Titelblatt ein Porträt des Oberst ziert. Im Geschichtsbild der JF nehmen Stauffenberg und sein Kreis reaktionärer Verschwörer eine zentrale Stellung ein. Laut Chefredakteur Dieter Stein hätten sie ihr Leben nicht nur eingesetzt »um ein verbrecherisches Regime abzulösen, sondern auch, um Deutschland vor dem Untergang zu bewahren. Ihr Patriotismus scheint vielen heute fremd zu sein.« (29/2019) Karlheinz Weißmann versteigt sich in der Zeitung zu der These, dass linker Widerstand gegen Hitler lediglich eine egoistische Form von Selbstverteidigung gewesen sei. Allein der konservativ-aristokratische Widerstand sei gerade wegen der ideologischen Überschneidung ein patriotischer Akt gewesen. (JF Geschichte 20. Juli 2019)

Andernorts werden die Aktionen der Weißen Rose für die patriotische Widerstandserzählung vereinnahmt. (8/2018) »Zu Ehren des 100. Geburtstags von Hans Scholl« druckte die JF Postkarten, auf denen es heißt: »Scholls Widerstandsgeist speiste sich aus seinem unerschütterlichen christlichen Glauben, bündischen Traditionen, der Verehrung des elitären Lyrikers Stefan George, Schöpfer der Idee eines Geheimen Deutschlands, und aus einem unbändigen Freiheitsdrang.« Ein Stauffenberg-Porträt des Theologen Dr. Robert M. Zoske unterfüttert diese Erzählung. Es kritisiert die linken »selbsternannten, verdrucksten Gralshüter«, die die Weiße Rose als Märtyrer im antikapitalistischen Kampf sahen, und bietet doch nur ein ausgehöltes Freiheitsideal an, das er vor allem in Scholls Bisexualität und seinem christlichem Glauben begründet sieht: »[D]ie Erniedrigung, ein ›175er‹ (nach dem Strafrechtsparagraphen 175, der männliche Homosexualität bestrafte) zu sein, markierte den Bruch Scholls mit der nationalsozialistischen Ideologie.« Zoske endet im Pathos: »Er verstand sich als Werkzeug Gottes in einem Kampf zwischen Himmel und Hölle, Christ und Antichrist«. (39/2018)

Erik Lehnert hingegen beschwert sich in der **Sezession** über die »inflationäre Vereinnahmung« Stauffenbergs auch außerhalb der extremen Rechten, denn dieser sei wohlweislich kein »Vorkämpfer gegen den Rechtsextremismus« gewesen, sondern wollte »mit einem Staatsstreich das Ruder noch einmal herumreißen«, sich also gegen Hitler, nicht aber gegen die deutsche Nation stellen. (91/2019)

Die Zukunft der Erinnerung

Die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit bleibt 76 Jahre nach der Befreiung ein andauernder Prozess. Bereits kurz nach 1945 begann sich die extreme Rechte in Deutschland zu reorganisieren. Seither war ihr Handeln vom Versuch geprägt, kulturellen und politischen Einfluss zu erlangen. Immer wieder konnten entsprechende Ansätze abgewehrt werden und über die Jahrzehnte Erfolge mit Blick auf eine kritische Erinnerungskultur etabliert werden, die nicht den Tätern, sondern den Opfern der Naziverbrechen gedenkt. Dennoch haben zuletzt die Wahlerfolge der AfD die Dynamik erheblich verändert. Auch in der Opposition kann die Partei Veränderungen im geschichtspolitischen Denken vorantreiben.

Auf den letzten Seiten haben wir das instrumentelle Verhältnis der extremen Rechten zur Geschichte aufgezeigt und dabei ihre zentralen Motive beleuchtet. Mit seriöser historischer Forschung hat das in diesem Spektrum vermittelte Geschichtsbild nichts zu tun. Dabei nehmen die Akteur*innen immer wieder für sich in Anspruch die wahrlich kritische Stimme zu sein, während die etablierte Gedenkkultur völlig irregeleitet sei - sei es mit der in der Neuen Rechten beliebten Forderung nach mehr Nüchternheit und Distanziertheit, die man selbst jedoch nicht zu leisten im Stande ist oder der plumpen Glorifizierung des NS in diversen Nazi-Blättern.

Das Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma im Berliner Tiergarten ist in seiner jetzigen Form durch ein Bauprojekt bedroht. | Foto: Christian-Ditsch.de

Dass viele scheinbar untrennbar mit den nationalsozialistischen Verbrechen und dem Widerstand gegen den NS verknüpfte Begriffe (Holocaust, Täterperspektive etc.) und historische Ereignisse und Personen (Geschwister Scholl, aber auch Stauffenberg) überhaupt entleert, vereinnahmt und umgedeutet werden können, zeigt, dass es weiterhin umfassender historischer Bildungsarbeit bedarf. Dies wird besonders deutlich, wenn heute rechte Akteur*innen nicht einmal davor zurück schrecken, sich selbst in der Tradition des Widerstandes gegen den NS zu verorten. Wenn auf Demonstrationen gegen die Pandemieschutz-Maßnahmen von »Diktatur« und »Merkel-Faschismus« geredet wird und Redner*innen sich in Bezug auf ihre Anti-Haltung mit Sophie Scholl vergleichen, darf dies nicht unwidersprochen bleiben. Bei den von der extremen Rechten vertretenen Gegenerzählungen geht es letztlich darum, den Weg für einen neuen Nationalismus zu ebnen. Die Erinnerung an die Opfer des NS stört sie dabei ebenso, wie die in diesem Zusammenhang verhandelten Werte der Empathie und Solidarität mit den Opfern und die kritische Auseinandersetzung mit historischen und aktuellen Formen mörderischen Hasses.

Die Frage der kommenden Jahre wird sein, ob es der extremen Rechten gelingt, die geschichtspolitisch marginale Position zu verlassen. Es ist mitnichten davon auszugehen, dass sie zukünftig diesbezüglich seriös agieren wird. Vielmehr ist zu befürchten, dass eine, derzeit vor allem auf Ritualen basierende, gesellschaftliche Erinnerungskultur nach und nach erstarrt und damit an Tragkraft verliert. Schon jetzt, während die letzten Überlebenden des Holocaust sterben, ist verschiedentlich zu beobachten, wie sich der Fokus der Berichterstattung vermehrt auf Erzählungen eines allgemeinen Kriegsleids verschiebt. Hinzu kommt der Blick auf die DDR und die totalitarismustheroretische Geschichtserzählung von den ›beiden deutschen Diktaturen‹, welche der Verharmlosung des NS in die Hände spielt. Eine aktive, explizit antifaschistische Gedenkpolitik, muss dem widersprechen. Dabei gilt es weiterhin auf der Perspektive der Opfer des NS zu bestehen und deren Andenken und Erfahrungen zu bewahren und weiterzugeben. Angesichts der Tatsache, dass der Holocaust schon allein wegen des Sterbens der letzten Überlebenden, von gelebter Erfahrung zu einem historisierten Ereignis wird, gilt es erneut darüber nachzudenken, wie erinnert wird und warum. Die Zukunft der Erinnerung bleibt mindestens genau so wichtig wie die Vergangenheit selbst.

1 Für diesen Text haben wir schwerpunktmäßig die seit 2018 erschienenen Ausgaben folgender Periodika analysiert: Compact (inkl. Compact-Geschichte), Deutsche Militärzeitschrift, Deutsche Stimme, Junge Freiheit, N.S. Heute, Sezession und Zuerst!. In Einzelfällen griffen wir auf weitere frühere Ausgaben zurück.

2 Gideon Botsch: Fiktionen gegen Fakten. Zum Umgang der extremen Rechten mit Geschichte, in: Hans-Peter Killguss, Martin Langebach (Hg.): »Opa war in Ordnung!« Erinnerungspolitik der extremen Rechten, Köln 2016, S. 51-65, hier: S. 56.

3 Wulffs sowohl unter Neonazis wie auch darüber hinaus bekannter Spitzname ist »Steiner« nach SS-General Felix Steiner.

4 Höcke-Rede im Wortlaut in: Tagesspiegel vom 19.01.2017. Online unter: https://www.tagesspiegel.de/politik/hoecke-rede-im-wortlaut-gemuetszustand-eines-total-besiegten-volkes/19273518.html

5 Weiterführend dazu: Verein für Demokratische Kultur in Berlin (VDK) e.V. und Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR): Nur Schnee von gestern? Zum Umgang mit dem Kulturkampf von rechts in Gedenkstätten und Museen. Berlin 2019. Online unter: https://mbr-berlin.de/publikationen/nur-schnee-von-gestern-zum-umgang-mit-dem-kulturkampf-von-rechts-in-gedenkstaetten-und-museen-2020/

6 Der Begriff Neue Rechte ist ursprünglich eine von extrem rechten Akteur*innen gewählte Selbstdefinition.

7 Da es sich fast ausschließlich um männliche Autoren handelt, wurde an dieser Stelle auf eine Schreibweise verzichtet, die weitere Geschlechtsidentitäten einschließt. Das gleiche gilt, wenn im Text von Autoren aktueller rechter Periodika nur im Maskulinum die Rede ist.

8 Vgl. Ernst Nolte: Der europäische Bürgerkrieg 1917-1945. Nationalsozialismus und Bolschewismus, München 1987.

Das apabiz

Das antifaschistische pressearchiv und bildungszentrum berlin (apabiz) ist das umfangreichste öffentlich zugängliche Facharchiv zur extremen Rechten nach 1945. Seit 1991 informieren wir über die militante Neonaziszene, die Entwicklung von Parteien und Organisationen, die Einflussnahme auf verschiedene Jugendkulturen und die rechte Medienlandschaft in all ihren Facetten.

Archiv und Bibliothek

Unsere Sammlung beinhaltet neben Büchern und Zeitschriften auch eine Vielzahl von Flugblättern, Katalogen, Fanzines, Aufklebern sowie Ton- und Bilddokumenten von rechten Akteuren und Strukturen aus dem In- und Ausland. Neben den Archivalien gibt es eine Präsenzbibliothek mit Fachliteratur zur extremen Rechten und antifaschistischen Publikationen aus den letzten Jahrzehnten. Diese steht allen Interessierten für die Recherche zur Verfügung. Der Bibliotheksbestand ist online erfasst. | bibliothek.apabiz.de

Publikationen

Unsere Recherchen und Analysen veröffentlichen wir regelmäßig online und als Print:

- Regelmäßige Spender*innen erhalten viermal im Jahr unseren gedruckten Rundbrief monitor
- Der Schattenbericht Berliner Zustände sammelt einmal im Jahr Perspektiven Berliner Projekte gegen Rassismus, Antisemitismus und die extreme Rechte | www.schattenbericht.de
- Dreimal jährlich erscheint magazine, unsere Analyse rechter Periodika
- Über aktuelle Themenstellungen und Analysen informieren wir auf unserer Homepage und unserem Berlin-Blog | rechtsaussen.berlin

Bildungsarbeit

Wir bieten Vorträge und Workshops zu unterschiedlichen Facetten und Themen der extremen Rechten. Für eine Veranstaltungsanfrage sollte mindestens ein Monat Vorlaufzeit, ein Honorar und ggf. Fahrtkosten eingeplant werden. Alle Bildungsangebote sind auf unserer Homepage nachzulesen.

Unterstützer*in werden

Ihr spendet uns einen festen monatlichen Betrag (ab 5 Euro), dafür erhaltet Ihr unseren Rundbrief monitor, die magazine und ab und an weitere Broschüren kostenlos zugeschickt, könnt euch Bücher ausleihen, sobald wir wieder öffnen können.

magazine no. 8, april 2021
Eine Publikation des apabiz e.V.

Autor*innen: Kilian Behrens, Kim Kemner, Frank Metzger, Eike Sanders, Patrick Schwarz, Patricia Zhubi

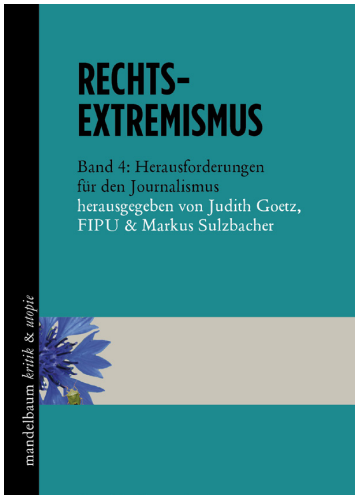
antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.V.
Lausitzerstr. 10 | 10999 Berlin
V.i.S.d.P.: C. Schulze
Vielen Dank an alle, die diese Publikation möglich gemacht haben.
030 . 6 11 62 49 mail@apabiz.de www.apabiz.de

Diese Publikation wurde gefördert durch:

be Berlin
Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung

Demokratie. Vielfalt. Respekt. In Berlin.
Das Landesprogramm

Anzeige



Welche Bedeutung spielen Medien beim Aufstieg der extremen Rechten? Soll mit Rechten geredet werden und wenn ja wie? Warum werden rechte Narrative immer wieder unkommentiert in der Berichterstattung übernommen, welche Verantwortung haben Journalist*innen und wie gehen Redaktionen damit um? Wie kann über Rechte berichtet werden, ohne ihnen eine Bühne zu bieten?

RECHTSEXTREMISMUS
Band 4:
Herausforderungen für den Journalismus

herausgegeben von Judith Goetz, FIPU, Markus Sulzbacher
316 Seiten, 19,– Euro

www. mandelbaum.at

Mit Beiträgen von Judith Goetz, Bernhard Weidinger, Markus Sulzbacher, Brigitte Bailer, Ingrid Brodnig, Florian Zeller, Fabian Schmid, Bianca Kämpf, Mahriah Zimmermann, Mathias Lichtenwagner, Dirk Müllner, Andreas Hechler, Fanny Rasul

mandelbaum *verlag*